

Pressemitteilung / 17.06.2015

## **Foren und Runde Tische für Migrant/innen fordern Möglichkeiten zur Partizipation auf Landesebene**

Staatssekretärin Manuela Söller-Winkler verspricht neue Koordinierungsstelle zur Stärkung und Unterstützung der politischen Teilhabe von Migrant/innen.

Am Dienstag, 16.06.2015, fand in Kooperation mit dem Zuwanderungsbeauftragten und den Wohlfahrtsverbänden im Landeshaus Schleswig-Holstein die Veranstaltung „Kommunale Foren besuchen den Landtag II: Partizipation von Migrant/innen weiterdenken!“ statt.

Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags folgten der Einladung der Foren, über eine Einbeziehung der Partizipationsgremien in politische und gesellschaftliche Prozesse in Schleswig-Holstein zu diskutieren. Nach der Begrüßung durch Dursiye Aytekin, Vorsitzende des Forums für Migrant/innen Kiel, richtete Söller-Winkler ein Grußwort an die Anwesenden; über 70 Mitglieder kommunaler Foren aus dem ganzen Bundesland. Söller-Winkler versprach eine stärkere Einbeziehung der Foren in migrationspolitische Themen der Landesregierung. Außerdem verkündete sie, dass das Land in Zukunft Mittel zur Unterstützung der Partizipationsgremien durch eine Landeskoordinierungsstelle zur Verfügung stellen werde, was von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde, da dies von den Foren seit längerer Zeit gefordert worden war.

Die Motivation der Foren, diese Veranstaltung zu organisieren „...ist eigentlich ganz einfach: Wir fordern Partizipation und wir praktizieren Partizipation! Und wir fühlen uns übergangen“, so Bobby Winkler, Vorsitzende des Runden Tisches für Integration der Stadt Flensburg, die im Namen aller Foren in den Abend einführte. Die Landesregierung habe eine Integrationsstrategie entwickelt, dabei jedoch weder Migrantorganisationen noch andere relevante Akteure einbezogen. Es reiche nicht, dass die Foren Aufgaben übernahmen, für die eigentlich der Staat zuständig sei, sie sollten darüber hinaus „als Experten bei migrationspolitischen Themen wahrgenommen und einbezogen werden! Wir kennen uns aus! Wir waren und sind zum Teil selbst Betroffene“, so Winkler weiter, „Sie brauchen keine Angst zu haben – wir werden wieder kommen. Wir werden uns weiterhin einbringen. Wir werden weiterhin fordern. Wir werden weiterhin für ein gutes, demokratisches und anerkennendes Zusammenleben in Schleswig-Holstein da sein!“.

Unter dem Motto „Partizipation“ stellten Fachleute aus den Foren zu den Unterthemen Bildung, Arbeitsmarkt, Flüchtlinge und politische Teilhabe konkrete Forderungen an die Politik, wie zum Beispiel die Öffnung der Altersgrenze der Berufsschulpflicht, das kommunale Wahlrecht für Einwohner/innen aus Drittstaaten sowie der unmittelbare Zugang Geflüchteter zu Sprachkursen und gesundheitlicher Versorgung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Nach angeregten Diskussionen hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, zu dem Gehörten Stellung zu nehmen. Parteiübergreifend wurden die Entwicklungen der letzten Jahre gelobt, aber auch deutlich gemacht, dass noch viel zu tun sei. Staatssekretärin Söller-Winkler sagte, die Veranstaltung habe bei ihr das Bewusstsein für die stärkere Einbeziehung von Migrant/innen „sehr, sehr geschärft“.